

Luzerner Zeitung

Dienstag, 23. April 2019

AZ 6002 Luzern | Nr. 93 | Fr. 3.50 | € 4.- www.luzernerzeitung.ch



Sackmesserpädagoge

Felix Immler kann mit seinem Sackmesser quasi alles schnitzen – selbst Flöten. 25

Firmen halten Investitionen zurück

AHV-Steuer-Vorlage Laut Bundespräsident Ueli Maurer warten Unternehmen den Ausgang der umstrittenen Abstimmung ab.

Bei einem Nein zur Abstimmung über die AHV-Steuer-Vorlage vom 19. Mai wäre das Vertrauen in die Schweiz «auf Jahre hinaus zerstört», warnt Bundespräsident Ueli Maurer im Interview. Komme es wie schon bei der Unternehmenssteuerreform III wieder zu einem Nein, verliere die

Schweiz, «was sie über Jahre aufgebaut hat». Schon heute hätten Firmen Investitionen sistiert, weil sie die Abstimmung abwarten wollten, sagt Maurer. «Mir sind zwei Fälle bekannt, bei denen Investitionen in Milliardenhöhe zurückgehalten werden. Es geht um Tausende von Arbeitsplätzen.» Schaffe die Schweiz die Statusgesellschaften nicht ab, hätten Schweizer Firmen in Zukunft Probleme beim Export in die Länder der OECD. Schon heute müssten sie bei Offerten im Ausland bestätigen, dass sie nicht als Statusgesellschaft besteuert würden, sagt Maurer.

Der Bundespräsident holt im Zusammenhang mit der Steuer-Vorlage auch zu einer Medienschele aus. Die Berichterstattung bereite ihm Sorgen, sagt er. «Sie ist oft oberflächlich.» Die Medien würden «nicht viel» dazu beitragen, «dass die Vorlage verständlicher wird». Maurer kritisiert, die Medien versuchten schon mit der Wortwahl, «die Vorlage als etwas Zweifelhaftes darzustellen». Sie würden schreiben, die Vorlage sei «zu kompliziert, ein Deal, ein Kuhhandel», kritisiert Finanzminister Maurer. (att/lln) 2/3

«Bei einem Nein verliert die Schweiz, was sie über Jahre aufgebaut hat.»



Ueli Maurer
Bundespräsident

Blutiger Terror am Ostersonntag



Sri Lanka Mindestens 290 Menschen sind bei einer Anschlagsserie auf Kirchen und Hotels ums Leben gekommen. Dahinter sollen Islamisten stecken. In der Kritik steht auch die Regierung, die Hinweise auf die Tat ignoriert haben soll. 7

Bild: Jewel Samad/AFP (Negombo, 22. April 2019)

Kommentar

Maidan an der Urne

Wolodimir Selenskis Wahlsieg ist ein radikaler Schritt. Er symbolisiert einen Mut zum Aufbruch, den die Ukraine zum letzten Mal bei der Maidan-Revolution von 2014 gesehen hat. Und erneut wurde er von den Jungen herbeigeführt, hat jedoch das ganze Land ergriffen, alle Regionen von der russischsprachigen Ostukraine bis zur ukrainischsprachigen Westukraine. Vereint hat Selenskis Wähler die Hoffnung auf bessere Zeiten, auf Politiker als Diener des Volkes. Das hat über die Angst gesiegt, mit der Petro Poroschenko auf Stimmenfang gegangen war. Die Angst vor Russland, gegen das er eine moderne Armee aufbauen wollte. Die Angst vor dem unerfahrenen Selenski, der die Ukraine wieder zu einer leichten Beute Putins mache.

Doch das überzeugte die Ukrainer nicht mehr. Schon lange gaben sie Poroschenko die Schuld für ihren sinkenden Lebensstandard. Dazu kam sein halbherziger Kampf gegen Korruption, der die eigenen Geschäftsfreunde immer ausnahm. Und eine Vetternwirtschaft, die wie eine Krake um sich griff, so als hätte es keinen Maidan gegeben. Zur Last gelegt wurde ihm auch der Krieg im Donbass.

Damit geht Putins Rechnung auf. Die russische Aggression ist eine grosse Hypothek für die Ukraine, die sich gegen jeden Präsidenten wenden kann – auch Selenski. Es wird sich zeigen, ob der «ehrliche, normale Bürger», als der sich der beliebte TV-Komiker im Wahlkampf gab, etwas verändern kann. Dass er abhängig von Oligarchen ist, ist klar. Eine Wiederholung des Poroschenko-Szenarios wird er sich indes nicht leisten können. Denn seine Wahl zeigt vor allem eines: Mehr Schein als Sein lassen sich die Ukrainer nicht mehr gefallen.



Paul Flückiger, Kiew
nachrichten@luzernerzeitung.ch

Das grösste Bad ist auch das teuerste

Oberkirch Das grösste Hallenbad der Zentralschweiz sucht auch preislich seinesgleichen. In der neuen Sportarena des Campus Sursee zahlen erwachsene Schwimmer stolze 16 Franken Eintritt. Keine andere Schwimmhalle in der Zentralschweiz verlangt so viel Geld.

Mathias Hecht, Leiter der Sportarena, erklärt den höheren Preis mit dem Umstand, dass die Sportarena keine subventionierte Anlage sei. «Wir sind privat finanziert, und es fliessen keine Steuergelder, die einen defizitären Betrieb ausgleichen können.» (rt/sma) 24

Zentralschweizer Jäger sorgen für Skandal

Vorarlberg Mehrere Luzerner und Schwyzer Jäger stehen derzeit in Österreich am Pranger. Sie sollen am 30. März 2019 im Bezirk Bludenz eine «Treibjagd im hohen Schnee auf teils trüchtige Tiere» durchgeführt haben. Dies schreibt unter anderem die «Kleine Zeitung». Auch der Vorarlberger Jagdverband hat sich in der Sache verlauten lassen: Er verurteilt den vermeintlichen Vorfall aufs Schärfste: Er sei «moralisch höchst verwerflich und sollte auch rechtliche Konsequenzen nach sich ziehen». Die Frage ist bloss: Hat die Treib-

jagd überhaupt stattgefunden? Der Pächter des betroffenen Gebiets – ein Schwyzer Jäger – dementiert heftig: Die Anschuldigungen seien völlig unzutreffend. Er habe keine Treibjagd, sondern eine sogenannte Bewegungsjagd durchgeführt.

Aussage steht also gegen Aussage. Fakt ist: Am fraglichen Tag war es grundsätzlich zulässig zu jagen. Fakt ist auch: Die Behörden haben Kenntnis vom Vorfall und prüfen derzeit die Geschehnisse, wie die Bezirkshauptmannschaft Bludenz auf Anfrage unserer Zeitung bestätigt. (kük/cpm) 19

Ein Komiker ist neuer Präsident der Ukraine

Wahlen Nach dem Triumph des Politikneulings Wolodimir Selenski bei der Präsidentschaftswahl in der Ukraine hofft der Westen auf Reformen und eine friedliche Lösung der Konflikte in dem Land. Der Schauspieler und Komiker gewann nach vorläufigen Wahlergebnissen rund 73 Prozent der Stimmen. Amtsinhaber Petro Poroschenko kam auf nur rund 24 Prozent und räumte seine Niederlage ein.

«Ich werde euch niemals im Stich lassen», versprach Selenski den Ukrainern. Kritiker werfen dem Politikneuling, der bisher vor

allem durch seine Filmrollen bekannt ist, einen unklaren Kurs vor. Zudem sei er nur die Marionette des Oligarchen Igor Kolomoiski.

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und EU-Ratspräsident Donald Tusk sagten Selenski in einem gemeinsamen Brief die Unterstützung der EU im Konflikt mit Russland um die «Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität» der Ukraine zu. EU und Nato bekräftigten nach dem Wahlsieg des Komikers ihren Willen zu einer guten Zusammenarbeit. (sda) Kommentar 6. Spalte 7

